

Überarbeitung des StPG : Die FEDE verteidigt den öffentlich-rechtlichen Status !

1. Leistungsbeurteilung: Nicht nur die Leistung des Personals beurteilen, sondern auch die Leistung der Behörde

Der Staatsrat hat einen Verordnungsentwurf in die Vernehmlassung geschickt, der die Regeln für die Leistungsbeurteilung der Staatsangestellten festlegt. Der Fokus soll auf dem Wohlbefinden liegen und das Jahresgespräch von jeglichen Beförderungen oder Sanktionen entkoppelt sein.

Die FEDE begrüsst den Willen, dieses Beurteilungsgespräch, das für das Personal oft belastend ist, anders zu gestalten. Doch lediglich auf die persönliche Leistung zu fokussieren reicht nicht aus und birgt die Gefahr, dass das Gespräch sein Ziel verfehlt.

Die FEDE und ihre Mitgliedsverbände wünschen sich ein motivierenderes Vorgehen, als es der Entwurf vorschlägt. Dieser ist bloss alter Wein in neuen Schläuchen. Der Staat Freiburg muss sich innovativer und ehrgeiziger zeigen. Der Schlüssel zum Erfolg? Auf die Teamdynamik setzen. Der Staatsrat hat zwar den PERSEVAL-Entwurf vereinfacht, es jedoch versäumt, die individuelle Leistung in Zusammenhang zu setzen mit der Leistung des Teams.

Die FEDE hat daher vorgeschlagen, die Verordnung und den Prozess mit Teamaspekten zu ergänzen, die in die Zielsetzung Eingang finden. So hängt die Leistung einer Organisationseinheit nicht mehr einzig von Einzelleistungen ab.

Die FEDE fordert weiter regelmässige Zufriedenheitsumfragen. Mit diesen kann der Staat beweisen, dass er den Angestellten zuhört, und gegebenenfalls die Meinungen und Vorschläge der Angestellten einbeziehen. Der Staat muss mehr denn je auf die Partizipation seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen.

2. Arbeitszeit: Die Blockzeit wird abgeschafft

Der Staatsrat möchte das Reglement über die Arbeitszeit revidieren und schlägt vor, die Blockzeit für Personal mit gleitender Arbeitszeit abzuschaffen. Die FEDE unterstützt diesen Vorschlag, da er die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördert. Der Staatsrat hat jedoch Arzttermine nicht ausreichend berücksichtigt. Die FEDE hat daher einen Verbesserungsvorschlag eingereicht.

3. StPG-Revision

Erhalt von Identität und Status der öffentlichen Angestellten

Die FEDE möchte die Qualität des Status der Angestellten im öffentlichen Dienst erhalten und ihnen einen wirksamen Schutz gegen missbräuchliche und ungerechtfertigte Kündigungen bieten.

Offenbar ist die FEDE die einzige Organisation, die sich um die Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Status im Kanton Freiburg sorgt. Der Staatsrat möchte die schriftliche Bestätigung dieses Status abschaffen. Einige mögen diese Bestätigung vielleicht für rein symbolisch halten. Doch bei der Einführung des StPG kämpften die FEDE-Instanzen für den Erhalt dieser bereits als altmodisch betrachteten Anerkennung.

Mit dem Bestehen auf dieser Anerkennung treten wir für den Schutz der Staatsangestellten bei ihrer Tätigkeit im öffentlichen Dienst ein.

Deshalb legen wir Wert auf diese Anerkennung. Sie sichert den öffentlich-rechtlichen Status. Die Staatsangestellten stehen im Dienst der Bevölkerung und müssen ihre Arbeit in Sicherheit, in Ruhe und unabhängig ausführen können. Dazu braucht es einen wirksamen Schutz, um schädlichen Druck zu vermeiden, der die Qualität der Leistungen beeinträchtigt. Denken wir einmal an Polizeiangestellte, die bei einem problematischen Einsatz Sanktionen oder eine Kündigung fürchten müssen. Es ist wichtig, das Personal gegen diese Art von Druck zu schützen. Wir wünschen uns daher ein Verfahren, das die Rechte der Staatsangestellten garantiert.

Die FEDE fordert ebenfalls, dass weiterhin die Möglichkeit besteht, gegen eine Verwarnung Einsprache zu erheben. Wird Angestellten eine Pflichtverletzung vorgeworfen, muss eine seriöse Beurteilung erfolgen und die betroffene Person muss die Möglichkeit haben, bei Gesprächen über die Eröffnung eines Kündigungsverfahrens eine Begleitperson mitzunehmen.

4. Pensionskasse: Der neue Plan wird eingeführt

Das Volk hat sich deutlich für den Rekapitalisierungsplan der Kasse ausgesprochen. Nun gilt es, diese Reform umzusetzen, was viel Arbeit für den Vorstand bedeutet. Die grösste Herausforderung: den Angestellten die Informationen bieten, mit denen sie ihre künftigen Renten berechnen können. Dies ermöglicht den Angestellten, eine informierte Entscheidung über den Zeitpunkt ihrer Pensionierung zu treffen.

Bis Ende Monat sollte ein überarbeiteter Rechner zur Verfügung stehen. Bis dahin sollte die Pensionskassenverwaltung den Versicherten die aktualisierten Angaben zukommen lassen, sodass diese in den Rechner eingegeben werden können.

Die FEDE wird zudem mit dem Staatsrat und den betreffenden Ämtern die Gespräche über den Status der Polizeiangestellten und der schweren Berufe weiterführen. Die Strassenwärter haben bereits einen entsprechenden Antrag eingereicht. Weitere Berufe werden folgen. Gemäss den erhaltenen Informationen könnten die Gespräche vor dem Sommer beginnen. Eine neue Etappe, die hoffentlich bis nächstes Jahr Ergebnisse bringt.